Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Insertionspreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg., Reklamen Pfg., alles mit 8% Teuerungszuschlag. Zeitraub und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresumsätzen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 4 Mk., für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Sträfe Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Nettopreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verich. Inseraten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 237. | Donnerstag den 10. Oktober 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Die Gegner über den Friedensruf.

Ob uns der Endsieg bleibt, das hängt allein ab von unserem Willen. An unserem Können besteht kein Zweifel; die Erfolge von Heer und Heimat bieten die Gewißheit für ein gutes Ende. Aber wir dürfen nicht wankend werden in wollender Kraft. Nur

Die Ungebeugtheit des Wollens

verschafft uns den Erfolg. Dieser Gedanke muß uns führen auch bei der Kriegsanleihe.

Hoffnungen — Befürchtungen.

Die erste Aufregung über den Friedensschritt unserer neuen Regierung hat sich rasch wieder gelegt in deutschen Landen. Man hat seine nüchterne Beurteilung der Weltlage zurückgewonnen und wartet mit der Gefaßtheit des guten Gewissens auf die Dinge, die da kommen sollen. Ist jetzt bei uns nach den Wünschen der neuen Männer nicht nur bei der Bildung der neuen Regierung, beim Abbau der alten Verfassungszustände in Deutschland, sondern auch gleich bei dem ersten Schritt ins Leben, den der Nachfolger des Grafen Hertling unternahm, verfahren worden, so wird kein Sterblicher mehr behaupten können, daß in Berlin auch nur ein Schritt noch unterlassen worden sei, der uns den Frieden hätte sichern können. Genau so ist von deutscher Seite in den schicksalsschweren Julitagen des Jahres 1914 bis zum äußersten gekämpft worden, um den Ausbruch des Weltkrieges hintanzuhalten — es hat alles nichts genützt, und das Verhängnis nahm seinen Lauf. Wenn jetzt dem Friedensgesuch des Prinzen Max von Baden kein besseres Los beschieden sein sollte, so würden sich daraus für unser weiteres Verhalten die Folgerungen von selbst ergeben. Das deutsche Volk ist entschlossen, lieber unterzugehen als sich von übermütigen Feinden demütigen und knechten zu lassen. Das hat die neue Regierung mit der gleichen Bestimmtheit zum Ausdruck gebracht wie es von seiten der Vorgänger des jetzigen Reichskanzlers geschehen ist.

Einstweilen ist noch nicht zu erkennen, was Herr Wilson zu tun gedenkt. Es ist möglich, daß er die deutsche Friedensnote ebenso rasch und entschieden zurückweist, wie er es dem Grafen Burian gegenüber beliebt hat: es kann aber auch sein, daß er diesmal ein bedächtigeres Verfahren vorzieht, weil, was ihm durch den prinzlichen Reichskanzler nahegelegt wird, ungleich fester fundiert ist als der noch ziemlich allgemein und unverbindlich gehaltene Wiener Vorschlag. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß damals ausdrücklich der ungeschwächte Fortgang der militärischen Operationen zugestanden wurde, während diesmal auch von einem Gesuch um Waffenstillstand die Rede ist. Und heißt es auch nur, daß die Friedensanschauungen des Präsidenten der Vereinigten Staaten als Grundlage für die angestrebte Verständigung angenommen würden, so wird doch Gewicht darauf gelegt, daß sein Programm in diesem Sinne ohne Ausnahme und Einschränkung angenommen wird, also einschließlich derjenigen Punkte, die selbst nach sozialdemokratischer Auffassung den dauernden Frieden nicht verbürgen, sondern gefährden würden. Man vertraut eben darauf, daß, wo der ehrliche Wille zur Beendigung des Völkermordens vorhanden ist, auch ein Weg zu diesem Ziele gefunden werden wird, und nur darum kann es sich in Wirklichkeit handeln, ob man auf der Gegenseite uns vernichten oder mit dem deutschen Volke in Zukunft nach den von Herrn Wilson selbst aufgestellten Grundsätzen in Eintracht zusammenleben will. Die Wahl ist inhaltsschwer, aber einfach. Wir können jetzt nicht mehr tun, als die Entscheidung von jenseits des Meeres in Ruhe abwarten.

Reuter, Havas und wie die Kanäle sonst noch benannt sein mögen, durch welche die öffentliche Meinung der Welt unablässig gegen uns gespeist wird, tun inzwischen ihr bestes, um auch diese Aktion der Mittelmächte zum Scheitern zu bringen. In Paris namentlich hat man sich niemals seinem Ziele näher gefühlt als jetzt, und schon glaubt man von der prahlerischen Ankündigung: „nous les aurons, wir werden sie schon kriegen", zu dem Jubelruf übergehen zu können: „nous les avons, wir haben sie!" Also läßt Clemenceau die französische Presse auf den Ton abstimmen: der Krieg wird fortgesetzt, und schon sind seine Trabanten mit dem Urteil fertig, daß man sich bei dieser bedeutungslosen Episode des deutschen Friedensschrittes keinen Augenblick aufzuhalten brauche. In London hält man diesmal, wie es scheint, etwas mehr zurück mit seiner Meinung. Man mischt die guten und die schlechten Zensuren über unsere neue Regierung und ihre erste Amtshandlung etwas kunterbunt durcheinander, eine einheitliche Parole ist also noch nicht ausgegeben worden. Oder man hält es für klüger, der Willensäußerung des Präsidenten Wilson nicht vorzugreifen, vielleicht weil man mit Voreiligkeiten dieser Art schon bisweilen üble Erfahrungen gemacht hat. Auch aus den Vereinigten Staaten gewinnt man den Eindruck, daß die hemmungs- und besinnungslose Hetzpresse diesmal etwas kürzer gehalten wird als sonst. Die ungeheure Verantwortung für die Entschließungen, die jetzt in Washington gefaßt werden sollen, scheint auch in der Neuen Welt in ihrer ganzen Wucht deutlich genug empfunden zu werden.

Läßt man Verstand und ehrlichen Friedenswillen walten und hält alle jene traurigen Gesellen, denen die Kriegshetze Selbstzweck ist, von den Überlegungen der maßgebenden Männer fern, so sollte eigentlich die Antwort auf die deutsche Note von selbst gegeben sein. Aber wir werden gut daran tun, auf dieser schwachen Grundlage keinerlei Hoffnungen aufzubauen, zumal im bisherigen Verlauf des Krieges auch weitgehende Befürchtungen schließlich immer noch übertroffen worden sind. Seien wir bereit, alles, was kommen mag, starken Herzens entgegenzunehmen. Alles andere steht in Gottes Hand.

Die Gegner über den Friedensruf.

Französische, englische, italienische Stimmen.

Ein freundliches Echo ist es nicht, das aus den kriegstreibenden Blättern der Entente — und das ist die Mehrzahl — auf die Friedensnote der Mittelmächte an Wilson antwortet. In Frankreich mußte sogar die Havasagentur eine Fanfare blasen, um der Presse das Signal zum Ablehnungschorus zu geben. Sie befolgt denn auch diesen Befehl bis auf die bisher schon andere Wege gehenden Organe. Vorsichtiger, zurückhaltender verhalten sich die Vorbeter der öffentlichen Meinung in England. Das offiziöse Reuterbureau manövriert mit ziemlich unentschiedenen Redensarten, sichtlich, um der Regierung Zeit zur Überlegung oder zum Warten auf die Weisungen aus Washington zu lassen. Einige Stichproben mögen den Eindruck in der feindlichen Auslandspresse veranschaulichen:

Frankreich.

„Matin": Wer könnte von den Verbündeten Frankreichs nach vier Jahren solchen Aushaltens verlangen, mit seinen Henkern die Abrechnung für begleichen zu halten, ohne daß man von ihnen die Sanktionen erlangt hat, die das Recht erfordert, und die die unerläßliche Wiederherstellung für die Zukunft Frankreichs sind? „Petit Parisien": Mit welchem Deutschland und mit welchem Österreich kann man verhandeln? Welche Garantien geben ihre staatlichen Einrichtungen? Welches Vertrauen verdienen ihre Regierungen? „Journal": Den Deutschen, den Österreichern und den Türken werden wir antworten, was wir den Bulgaren geantwortet haben. Keine Waffenruhe vor der einfachen Kapitulation und eine Kapitulation ohne jede Diskussion der Bedingungen, die klar und unabänderlich sind, und volle Zerstörung und Bestrafung des deutschen Militarismus, und völlige Wiederherstellung und Bestrafung der Schuldigen. „L'Homme Libre", das Organ Clemenceaus: Wir werden uns nicht abhalten lassen. Der Krieg wird fortgesetzt. „Temps": Die deutsche Regierung beruft sich nur auf die Grundsätze Wilsons, um den Alliierten die Waffen aus den Händen zu nehmen. Wenn die deutschen Truppen wieder Atem geschöpft hätten und die kaiserliche Regierung populär und stark sei, würden die deutschen Bevollmächtigten die angebliche Basis der Unterhandlungen wieder umwerfen. „Victoire" (Herves Blatt): Nachdem die Zentralmächte die Friedensbedingungen angenommen haben, kann man anfangen zu reden. „Heure": Wenn wir auch unseren Gefühlen Gewalt antun müssen, so müssen wir doch begreifen, daß, wenn die Stunde der Abrechnung gekommen ist, nicht mehr der Haß, sondern die Gerechtigkeit unser Ratgeber sein muß. Der beste Sieg wird nicht die Rache sein. „Populaire": Angesichts des Vorschlages der Zentralmächte, auf so vernünftigen Grundlagen in Verhandlungen einzutreten, sehe man jetzt die Extremisten heulen, damit der Krieg, koste es was es wolle, fortgesetzt werde. Sie sollten aber noch die zu bringenden Opfer in Betracht ziehen und nicht den Feind, der noch über neun bis elf Millionen Soldaten verfüge, für vernichtet erklären. Die „Action française": Mit dem Prinzen Max von Baden ist Deutschland wieder in die Lage versetzt, in der es war, als Bethmann Hollweg an seiner Spitze stand. Wie im Dezember 1916 geht auch heute von Deutschland das Angebot von Friedensvorschlägen aus. Sie wurden damals abgelehnt, auch heute dürften sie zurückgewiesen werden, und zwar aus noch viel gewichtigeren Gründen.

England.

„Daily News": Lange peinliche Erfahrungen haben uns gelehrt, den deutschen politischen Methoden zu mißtrauen. Aber in diesem Schritt ist ein neuer Ton von Niederlage und Unterwerfung. Ist diese große Umkehr wirklich gekommen, so ist der Friede, für den die Alliierten gekämpft haben, in Sicht. Gibt die Rede des Reichskanzlers den Geist Deutschlands wieder, so bedeutete sie, daß das Ziel erreicht und der preußische Militarismus gebrochen ist. „Daily Chronicle": Das deutsche Friedensangebot ist das wichtigste, das bisher erfolgte. Und es ist selbstredend, daß die Verbündeten dem Angebot die größte Andacht widmen werden. Entschädigungen, Wiederherstellung und Garantien müssen wir haben. Sie, die den Krieg verursacht haben, müssen für immer geschlagen sein, daß auch nicht der leiseste Zweifel herrscht, wer den Krieg gewonnen hat. „Evening Telegram": Ehe es zu einer Friedenskonferenz kommt, muß derjenige, der im Namen Deutschlands spricht, ob es nun Kaiser, Prinz oder Mehrheitsblock oder irgendein anderer sei, das feierliche Versprechen ablegen, Deutschlands Verbrechen zu sühnen und einzugestehen, daß Verbrechen begangen wurden.

Italien.

„Corriere della Sera": Der jüngste Schritt der Mittelmächte bedeutet den letzten Versuch, das allgemeine Friedensbedürfnis auszubeuten, damit die logischen und notwendigen Folgen der Niederlage von Deutschland abgewendet werden. Deutschland spekuliert auf die Empfindsamkeit der zivilisierten Welt. Die Antwort der Entente aber wird den Feind nötigen, offen Farbe zu bekennen. „Secolo": Gerade weil die Entente ihres militärischen Erfolges sicher ist, wird sie den Enderfolg nicht durch die Annahme des deutschen Waffenstillstandsantrages schädigen. Besonders muß Italien auf der Entscheidung durch die Waffen bestehen, da sein Schicksal das Ende Österreich-Ungarns sei. „Epoca": Deutschland muß sich bedingungslos übergeben. Mit Österreich-Ungarn kann die Entente überhaupt nicht verhandeln, sondern nur mit den einzelnen Völkern der Monarchie, welche einen eigenen Staat zu bilden im Begriffe sind.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Preß" meldet, es sei wenig Aussicht vorhanden, daß die deutschen Vorschläge in ernstliche Erwägung gezogen würden, solange Deutschland noch Teile Frankreichs und Belgiens besetzt halte. Der Washingtoner Korrespondent des „New York World" sagt: Maßgebende Regierungskreise äußern sich noch nicht. Man betont aber, daß Deutschland und Österreich tatsächlich bedingungslos kapitulieren müßten, wenn sie wollen, daß der Krieg ein Ende nimmt, bevor die Alliierten in Deutschland einbrechen und es zerstören. Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times" meldet: In Washington herrscht keine ehrliche Begeisterung über die Form der neuen deutschen und österreichischen Note. Man steht den Berliner Vorschlägen kühl gegenüber. Im allgemeinen komme die Aufnahme von Wilsons Bedingungen einer bedingungslosen Übergabe seitens Deutschlands, Österreichs und der Türkei gleich. Starke Männer in Washington und in den Hauptstädten der Alliierten seien überhaupt dagegen, die Feindseligkeiten einzustellen.

Französische Sozialisten für Verhandlungen.

Eine Botschaft an Wilson.

Einstimmig beschloß der Nationalrat der französischen Sozialistenpartei, an den Präsidenten Wilson eine Botschaft zu richten, in der über den Friedensvorschlag der Mittelmächte gesagt wird, dieser Schritt sei der Beweis eines vollständigen Meinungsumschwungs, der die Nationen zur Freiheit und zum Frieden zurückführe. Die sozialistische Partei erkläre deshalb, daß die Alliierten, unter der Bedingung unentbehrlicher diplomatischer und militärischer Garantien, den Vorschlag nicht ablehnen dürfen. Das Manifest konstatiert, der Kanzler habe seine neue Regierung als Volksvertretung hingestellt und damit anerkannt, daß für die Herstellung eines dauerhaften Friedens die Nationen sich gegenseitig Garantien geben müßten. Die Partei erblicke darin eine erste Anstrengung zu einer demokratischen Lösung und verlange eine energische Aktion in dieser Richtung.

Die neue Regierung.

Abgeordneter Trimborn Staatssekretär des Innern.

Berlin, 8. Oktober.

Wie bereits angekündigt, wird als Vertreter der Nationalliberalen der Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, Dr. Friedberg, in den engeren, dem Kanzler beigegebenen Kabinettsrat treten. Dieser neugeschaffene Kabinettsrat setzt sich demnach aus den Staatssekretären v. Payer, Groeber, Erzberger, Scheidemann und Dr. Friedberg zusammen. Dr. Friedberg hat bereits an einer Sitzung des Kabinettsrats teilgenommen. Zum Nachfolger des scheidenden Staatssekretärs des Innern, Dr. Wallraf, ist der Zentrumsabgeordnete Trimborn ausersehen. Der neue Staatssekretär des Innern Karl Trimborn steht im 64. Lebensjahre. Er ist Rechtsanwalt in Köln und gehört zu den älteren Zentrumsvertretern im Reichstag, in den er zuerst 1896 als Vertreter von Köln gewählt wurde. Diesen Wahlkreis hatte er bis 1912 inne, dann unterlag er seinem sozialdemokratischen Gegner, doch

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF